

Beschluss V04: Gegen die Macht der Tech-Bros - Erobern wir uns das Internet zurück!

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 5 - Verschiedene Anträge

Ein Gespenst geht um in der Welt – das Gespenst des digitalen Kapitalismus.

Was uns als „Innovation“ verkauft wird, ob KI, Krypto oder Cloud, ist oft nur alter Kapitalismus in neuem Gewand: Ausbeutung, grenzenloses Wachstum – hochgerüstet mit Daten, Algorithmen und grenzenloser Überwachung. Cyberlibertäre Versprechen von „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ verschleiern, dass dahinter autoritäre Strukturen, menschenfeindliche Strukturen, ökologische Zerstörung und die Gefahr rechter Machtübernahme stehen.

Die Gefahr ist keine abstrakte. Sie ist gelebte Realität. Das zeigt zuletzt der Kniefall der Big Tech Milliarden bei Donald Trumps Amtseinführung. Diesen „Tech Bros“ geht es nicht um Fortschritt für die Welt – ihre Freiheit ruht auf der Unfreiheit der Vielen, ihr Profit steht an erster Stelle.

Gegen die Macht der Tech-Bros!

Was diesen digitalen Kapitalismus auszeichnet, ist ein historisch beispielloses Monopol:

Einige wenige Konzerne kontrollieren fast jeden Schritt unseres digitalen Lebens: Sie bestimmen über die Geräte, mit denen wir arbeiten und kommunizieren. Ihre Betriebssysteme, Browser und Office-Programme sind die Grundlage unseres Alltags. Über Suchmaschinen und Social Media Plattformen lenken sie, welche Informationen wir sehen und welche Debatten sichtbar werden. Sie dominieren Werbung, Shopping und Finanztransaktionen. Sie besitzen die Cloud, die Rechenzentren und die Glasfaser-Infrastruktur, auf denen unsere digitale Welt überhaupt erst läuft. Sie sammeln unsere Gesundheitsdaten, unsere Kommunikation, unsere Käufe und unsere Bewegungen. Und mit Künstlicher Intelligenz weiten sie diese Kontrolle auf neue Bereiche aus.

Ihr Produkte bestimmen fast jeden Teil unseres Lebens. Und genau das stärkt ihr Macht immer weiter: Indem Daten über alles und jede*n gesammelt werden, werden die Dienste immer schlauer, immer vernetzter. Jede Nachricht, jedes Foto und jeder Kontakt bleibt dort gespeichert – wer die Plattform verlassen will, müsste all das zurücklassen und bleibt deshalb gebunden. Jede neue Person, macht ihre Plattformen unverzichtbarer in unserem gesellschaftlichen Leben. Am Ende bestimmen diese Konzerne nicht nur, wie der Markt läuft, sondern wie unser digitales Leben aussieht – und damit auch, wie unsere heutige Gesellschaft funktioniert.

Diese Monopolmacht gepaart mit Überwachung und algorithmischer Kontrolle schafft die Voraussetzungen für digitalen Faschismus: Ein System, in dem Technik nicht Befreiung, sondern Unterdrückung bedeutet. Denn wer die Daten kontrolliert, kontrolliert die Kommunikation, und wer die Algorithmen steuert, prägt Meinungen und gesellschaftliche Realität.

Als antifaschistischer und antikapitalistischer Verband schaut die GRÜNE JUGEND nicht tatenlos zu. Wir stellen uns aktiv gegen den digitalen Kapitalismus und kämpfen für eine Gesellschaft, in der digitale Technologien für das Wohlbefinden aller und nicht für den Profit der wenigen und die Unterdrückung von Minderheiten eingesetzt werden!

Nein zu Überwachung!

Ob Staat, ob Konzern – die Daten gehören denen, die sie erzeugen. Doch im digitalen Kapitalismus gilt das Gegenteil: Unsere intimsten Informationen werden gesammelt, verkauft und ausgewertet – von Tech-Konzernen für Profite und vom Staat für Kontrolle und leere Versprechen von mehr Sicherheit.

Daten sind Macht. Und diese Macht wird missbraucht: Konzerne verdienen Milliarden mit der Auswertung unseres Lebens, während Staaten Überwachungsbefugnisse immer weiter ausdehnen. Oft arbeiten sie dabei Hand in Hand – etwa wenn Sicherheitsbehörden mit privater Spionagesoftware von Palantir arbeiten oder wenn Regierungen absichtlich Sicherheitslücken offenhalten, statt sie zu schließen. Das Ergebnis: Unser Leben im Netz wird nicht sicherer, sondern verwundbarer.

Die Erzählung, dass immer mehr Daten nötig seien, um Sicherheit zu schaffen, hat längst auch den Staat erfasst. Wir haben uns so sehr daran gewöhnt, getrackt zu werden, dass Überwachung zur Normalität geworden ist. Doch gerade jetzt, wo die AfD in mehreren Bundesländern kurz davorsteht, Regierungsverantwortung zu übernehmen, zeigt sich, wie brandgefährlich diese Entwicklung ist: Jede Überwachungsinfrastruktur von heute ist das Unterdrückungswerkzeug von morgen.

Die GRÜNE JUGEND fordert:

Privates schützen & Verschlüsselung sichern!

1. Briefgeheimnis auch im Digitalen: Verschlüsselte Kommunikation als Grundrecht. Keine Hintertüren, keine Schwächung von Standards.
2. Chatkontrolle und jede Pflicht zum Client-Side-Scanning stoppen.
3. Recht auf anonyme und pseudonyme Kommunikation.
4. Privatsphäre darf kein Luxus sein – wir fordern das Recht auf trackingfreie Nutzung von Websites und Plattformen für alle. Kostenpflichtige Cookiewalls und Profilzwang, die Menschen zur Datenfreigabe oder Kontoerstellung drängen, lehnen wir ab.

Massenüberwachung beenden!

1. Nein zur Vorratsdatenspeicherung!
2. Nein zu Palantir! Wir fordern ein Verbot von vergleichbaren Massenanalyseplattformen in Sicherheitsbehörden.
3. Ein Stopp der Nutzung von Staatstrojanern – mit dem staatliche Ausnutzen und der Offenhaltung von Sicherheitsbehörden ist niemandem geholfen!
4. Gesichtserkennungssoftware bei Demonstrationen verbieten!

Erobern wir uns das Internet zurück!

Unser digitales Leben spielt sich auf wenigen Plattformen ab – kontrolliert von einigen Tech-Bros, deren einziges Ziel Profit ist. Ihre Geschäftsmodelle befeuern systematisch Hass, Hetze und Desinformation – und sie nehmen billigend in Kauf, dass Millionen Menschen Depressionen entwickeln, in Digitalsucht abrutschen oder Essstörungen erleiden. Kritische politische Accounts werden willkürlich gesperrt, während Hass und Hetze ungehindert weiterlaufen. Diese Spaltung untergräbt unsere Demokratie, bringt kritische Stimmen zum Schweigen und trifft besonders marginalisierte Gruppen.

Dabei war das Internet einmal ein Raum voller Hoffnungen: ein Ort, an dem sich Minderheiten vernetzen, Bewegungen entstehen, Protest organisiert wird und Menschen weltweit in Austausch

treten. Social Media KANN ein Werkzeug der Befreiung sein – doch in den Händen weniger Konzerne ist es zur Maschine für Spaltung und Kontrolle verkommen.

Europäische Regulierungsversuche sind erste Schritte in die richtige Richtung. Doch solange Konzerne wie Meta sie ungestraft ignorieren, gerichtliche Anordnungen verschleppen und die EU-Kommission aus Angst vor wirtschaftlichen Konsequenzen einknickt, bleiben diese Gesetze zahnlos.

Wir lassen nicht zu, dass unsere Debattenräume von der Profitgier einiger weniger zerstört werden und zum Wohnzimmer für Faschos werden.

Erobern wir uns das Internet zurück!

Die GRÜNE JUGEND fordert:

Brecht die Macht der Big-Tech-Plattformen!

- Tech-Bros enteignen: Social-Media-Plattformen gehören nicht in die Hände weniger Tech-Bros – sie müssen vergesellschaftet und demokratisch kontrolliert werden.
- Bis dahin: Wir lassen Big Tech keine Ruhe:
 - DSA, DMA & Data Act konsequent durchsetzen: Wir fordern eine starke europäische Aufsicht, die Big Tech endlich Grenzen setzt und konsequent durchgreift - Ohne Ausnahmen, ohne Verwässerung und ohne Handelsdeal-Ausreden.
 - Monopole zerschlagen: Meta, Google & Co. müssen entflechtet werden. Niemand darf gleichzeitig Geräte, Betriebssysteme, Suchmaschinen und soziale Netzwerke kontrollieren.
 - Digitalsteuer jetzt: Big Tech muss zahlen – die Steuern müssen dort gezahlt werden, wo auch der Gewinn erwirtschaftet wird.
- Open Source by default: Open Source darf kein loses Versprechen mehr sein, sondern muss Standard werden und stärker gefördert werden, um Abhängigkeiten von Big Tech abzubauen. Public Money = Public Code!

Ein gutes Internet für alle: Nieder mit Hass & Desinformation!

- Gute Arbeit für Content-Moderator*innen: Wir fordern sicheren Arbeitsschutz, rassismuskritische und antidiskriminierende Schulungen, regelmäßige psychologische Betreuung und die Beendigung prekärer Beschäftigung durch Subunternehmen.
- Plattformen in die Verantwortung nehmen: Plattformen müssen verpflichtet werden, digitale Gewalt – insbesondere sexualisierte Gewalt – sowie Desinformation und manipulative Inhalte konsequent, zeitnah innerhalb von 24h und mit menschlicher Prüfung zu löschen.
- Für bessere Algorithmen: Wir fordern ein Recht auf einen chronologischen Feed und transparente, anpassbare Algorithmen. Plattformen dürfen Hass und Desinformation nicht belohnen, stattdessen sollen Inhalte, die gesellschaftlich relevant, kritisch oder qualitativ hochwertig sind, sichtbar gemacht werden

Real oder Digital – Gewalt bleibt Gewalt!

Digitale Gewalt ist eines der schwerwiegendsten Probleme im Internet. Sie richtet sich häufig gezielt gegen marginalisierte Gruppen: Rassistische Gewalt, sexistische Gewalt, ableistische Gewalt, Gewalt gegen Sintizze und Romnja, trans- und queerfeindliche Gewalt, antisemitische und antimuslimische Gewalt, anti-Schwarze Gewalt und Gewalt gegen BIPOC. All das findet tagtäglich im Netz statt.

Dabei geht es nicht nur um gewalttätiges Verhalten von anderen Usern, sondern auch um algorithmische Gewalt: Algorithmen auf vielen Social Media Plattformen sind auf rassistisches und queerfeindliches Profiling trainiert.

Cyberflashing, also das unerwünschte Senden von expliziten Fotos, und Doxxing, also das Veröffentlichen von privaten Informationen wie Adressen oder ungewolltes Outen, sind auch Formen digitaler Gewalt.

Social Media ist auch ein Ort, wo politische Radikalisierung erfolgt. Vor allem Rechtsextreme fischen hier nach Nachwuchs.

Die GRÜNE JUGEND fordert:

Betroffene schützen!

- Digitale Gewalt konsequent verfolgen: Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gegen digitale Gewalt müssen flächendeckend eingerichtet und personell so ausgestattet werden, dass Anzeigen nicht im Leeren verpuffen. Die Bundesnetzagentur braucht hierfür mehr Stellen und Ressourcen.
- Sexuelle Gewalt im Netz unter Strafe stellen: Erstellung und Verbreitung text- und bildbasierter sexualisierter Gewalt, inklusive Deepfakes, muss explizit strafbar sein. Verbreitung und Änderung ohne Konsens von Nacktbildern muss streng verfolgt werden!
- Cyberflashing und Doxxing strafbar machen!
- Rechtshilfe-Fond für Betroffene einsetzen. Zur Finanzierung sollen Schadensersatzzahlungen von Plattformen eingesetzt werden.

Prävention durchsetzen!

- Digitale Gewalt besser verstehen: Es braucht intersektionale Datenerhebung, damit mögliche Ansatzpunkte für Prävention und Hilfe identifiziert werden können.
- Verschlüsselung auch als Gewaltschutz begreifen!
- Real-Name-Policies abschaffen!

AI – Prompten bis die Welt brennt

Der aktuelle KI-Hype markiert ein neues Kapitel des digitalen Kapitalismus und Monopolkampfes. Die Konzerne, die bereits unser digitales Leben dominieren, kontrollieren jetzt auch die Infrastruktur und Software für unsere vermeintlich persönlichen Assistenten und sammeln so immer intimere Daten und festigen ihre Stellung im Markt. Und die europäische Antwort? Statt konsequenter Regulierung wird KI vor allem als wirtschaftliche Chance gesehen.

Doch KI bedeutet nicht nur Fortschritt, sondern Ausbeutung – ökologisch, sozial, politisch und in der Reproduktion kolonialer Zustände. Der Energie-, Wasser- und Rohstoffverbrauch von KI wächst rasant und zerstört Umwelt und Lebensgrundlagen – vor allem im Globalen Süden. Clickworker*innen, häufig ebenfalls dort, müssen unter prekären Bedingungen und ohne Arbeitsschutz und psychologische Betreuung traumatisierende Inhalte für das Training von KI annotieren. Inhalte von Künstler*innen, Journalist*innen und anderen Kreativen werden massenhaft ohne Zustimmung sowohl für das Training als auch für KI-basierte Zusammenfassungen verwendet. Dadurch gehen menschliche Zugriffe auf Webseiten stark zurück, was wichtige Einnahmequellen wegfallen lässt und in der Folge auch die Existenz von Verlagswesen und Journalismus bedroht.

Und auch wir alle werden ausgebeutet: Unsere Posts, Bilder und Daten in sozialen Netzwerken werden

ohne echte Zustimmung für das Training von KI-Systemen und die Erzeugung täuschend echter Medieninhalte (Deepfakes) verwendet. Indem KI bestehende Vorurteile aus Trainingsdaten verstärkt, wird sie zum Instrument, das Machtverhältnisse und Diskriminierung verfestigt. Deep Fakes und Social Bots hingegen gefährden aktiv den gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Prozesse.

Für uns ist klar: KI ist kein neutrales Werkzeug, sondern Ausdruck bestehender Machtverhältnisse. Fortschritt bedeutet nicht, Big Tech freie Hand zu lassen, sondern demokratische Kontrolle und Vergesellschaftung durchzusetzen.

Die GRÜNE JUGEND fordert:

- Die Vergesellschaftung großer KI-Konzerne – demokratische Kontrolle darf nicht privaten Profitinteressen untergeordnet werden.
- Strenge Regulierung der Nutzung von KI im staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich:
 - Einsatz nur dort, wo Diskriminierung ausgeschlossen werden kann.
 - Verbot der Nutzung von KI bei Personalentscheidungen, polizeilicher Überwachung und anderen Bereichen, die über Teilhabe- oder Grundrechte entscheiden.
- Gegen die ökologische Zerstörung durch KI:
 - Verbindliche Nutzung von erneuerbaren Energien und Reduktion des Wasserverbrauchs.
- Kampf der Deepfake-Manipulation: Unsere Körper gehören uns, auch digital!
 - Urheberrecht auf die eigene Stimme, Körper und Gesichtszügen: Niemand darf sie für KI-generierte Inhalte missbrauchen.
- Hoch die Internationale Solidarität
 - Die Stärkung internationaler Arbeitsrechte für Clickworker*innen und andere Beschäftigte, die in der KI-Entwicklung eingesetzt werden.
 - Das Lieferkettengesetz muss auch für KI und digitale Technologien gelten, sodass Konzerne für Menschenrechtsverletzungen und Arbeitsausbeutung weltweit haftbar gemacht werden.

- 

Mit gutem Beispiel voran

Wir wissen: Es gibt kein richtiges Leben im falschen System. Aber wir können solidarische Alternativen aufbauen und zugleich den digitalen Raum den Rechten nicht überlassen.

Als GRÜNE JUGEND wollen wir allen Menschen die Teilhabe im Verband ermöglichen – jenen, die sich von der Big Tech Landschaft verabschiedet haben und all jenen, die weiterhin auf den gegenwärtigen Plattformen unterwegs sind.

Die GRÜNE JUGEND wird daher:

- weiterhin sicherstellen, dass alle Mitglieder auch ohne die Nutzung der Kommunikationsplattformen der Big Tech alle relevanten Informationen erreichen, indem diese Informationen z.B. per E-Mail-Verteiler und über die Websites geteilt werden. Insbesondere sollen für die interne Kommunikation datensparsame und freie Alternativen zu Telegram benutzt werden.
- im kommenden Verbandsjahr erarbeiten, wie die öffentliche Kommunikation der Social Media

Accounts auf Bundesebene mindestens auch auf solidarischen & dezentralen Plattformen wie dem Fediverse stattfinden kann, indem Beiträge parallel gespiegelt werden. So stärken wir freie Alternativen und machen sichtbar, dass Kommunikation auch jenseits von Big Tech möglich ist.

- KI-generierte Inhalte auch konsequent kennzeichnen. Außerdem soll eine Diskussion im Verband geführt werden, wie mit der wachsenden Anzahl an KI-generierten (Teilen von) Anträgen, Workshops und Bewerbungen umgegangen wird.

Als linker Jugendverband wollen wir unsere Mitglieder auch im Digitalen besonders rüsten und schützen, denn unser Aktivismus ist ein Dorn im Auge rechter Akteur*innen und Tech-Bros. Dafür schaffen wir Workshops, die über Möglichkeiten digitaler Selbstverteidigung informieren und eine Wissensgrundlage über Machtstrukturen im Digitalen Kapitalismus schaffen.